



FRAKTION IM KREISTAG POTSDAM-MITTELMARK

Martin Köhler - Pressesprecher

Drosselweg 28, 14822 Borkheide fon: 033845 - 40782, E-Mail: martin.koehler@gruene.de

Borkheide, Freitag den 13.07.2007

Pressemitteilung – PM0707

Schwarzer Tag für die Menschen in Potsdam-Mittelmark

Anlässlich der Beschlüsse des Kreistages Potsdam-Mittelmark am 12.07.2007 beklagt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei einem Großteil der Abgeordneten, den geringen Willen, Entscheidungen nach Sachverstand zu Gunsten des Landkreises zu treffen. Im Vordergrund stehen immer häufiger die eigenen ideologisch-politisch motivierten Ziele – der Wahlkampf ist eröffnet!

Der Kreistag übergibt das Kreiskrankenhaus den Johannitern und hat damit der Bildung von zusätzlichen Arbeitsplätzen in der Region Belzig eine Absage erteilt, zu deren Einrichtung sich nur die Arbeiterwohlfahrt und der private Anbieter Asklepios vertraglich verpflichtet hatten. In der nicht-öffentlichen Beratung zum Anteilsverkauf des Kreiskrankenhauses wurde durch zusätzliche Informationen deutlich, dass die Bewertung der AWO, die nach Punkten vorne lag, noch besser hätte dargestellt werden müssen. Dies könnte die Johanniter begünstigt haben?! Überhaupt hatten die Abgeordneten und sachkundigen EinwohnerInnen der bündnisgrünen Fraktion beim Studium der Akten den Eindruck, dass sich durch das gesamte Verfahren eine Art „Lex Johanniter“ gezogen hatte. Die Angebote der AWO und auch des privaten Bieters Asklepios waren so viel besser, dass es völlig unverständlich erschien, wie die Johanniter überhaupt den Sprung ins Finale schaffen konnten? Hinzu kommen die bekannt gewordenen Verstrickungen einiger der Berater mit den Johannitern und die fragwürdige Auswahl der Berater (teuerstes von 11 Unternehmen). Die Konservativen (CDU, Freie Bürger und Bauern sowie FDP) wollten unbedingt den christlichen Träger Johanniter durchsetzen, DIE LINKEN waren nicht bereit von ihrem Verweigerungskurs abzuweichen (mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN und LINKEN hätte die AWO das Rennen gemacht). Am Ende wurden von der Großen Koalition auch noch die horrenden Kosten des Verfahrens (weit über 1 Mio EUR) durch gewunken. Und damit hatte der Landrat sein seit Jahren verfolgtes Ziel endlich erreicht!

Zuvor hatte die Große Koalition beschlossen, Eltern in die Taschen zu greifen: sie erhöhte die Elternbeiträge für die Schülerinnen und Schüler der Kreismusikschule, weil sie nicht bereit war, eine Lücke von 50.000 EUR (auf Grund von Mietkosten) aus dem Haushalt zu finanzieren. Vor Jahren hatte ein Gutachten bescheinigt, dass für das Betreiben der Kreismusikschule ein Zuschuss von 500.000 EUR erforderlich sei. Der Zuschuss war dann auf 450.000 EUR festgesetzt worden. Die Große Koalition war auch nicht bereit, auf einen Kompromiss der bündnisgrünen Fraktion einzugehen, der vorsah, die Lasten gemeinsam zu tragen: durch Erhöhung des Zuschusses auf 475.000 EUR und eine geringere Erhöhung der Elternbeiträge.

Wenn es aber um den eigenen Geldbeutel geht, gelten plötzlich die vielfach beschworenen Grundsätze der Sparsamkeit nicht mehr: so stimmten die Abgeordneten der CDU, der Fraktion Freie Bürger und Bauern und der FDP geschlossen, sowie drei Abgeordnete der SPD für eine Erhöhung der Kilometerpauschale um 50% von 20ct auf 30ct. Diese Erhöhung der Kilometerpauschalen kostet den Landkreis ca. 8.000 EUR – genau der Betrag, den die Große Koalition mit dem Haushaltssicherungskonzept Anträgen der bündnisgrünen Fraktion verweigert hatte: 3.000 EUR für die Lokale Agenda und 5.000 EUR für die Verbraucherzentrale! DIE GRÜNEN schlugen in einem Kompromiss vor, Fahrgemeinschaften zu honorieren und dadurch neben Einspareffekten auch etwas für den Klimaschutz tun: auch dies lehnte die Große Koalition ab!